

HAUSHALTSPLAN 1980

Kein Geld für soziale Einrichtungen

Während der Stadtverordneten-Sitzung im Januar wurde der Haushaltsplan für das Jahr 1980 verabschiedet. Die DKP-Fraktion lehnte den Etat ab. In ihrer Haushaltsplanerklärung, die Rudi Hechler vortrug, hieß es u.a.:

„In unserer 30.000-Einwohner-Stadt verläuft die Verabschiedung eines Haushaltsplanes nach einem immer wiederkehrenden Schema. Alles ist im Grunde festgeschrieben.

Es gibt kaum finanziellen Spielraum. Nur das Notwendigste kann gemacht werden. Die Opposition kriegt ab und zu mal einen Wunsch erfüllt — vor einer Wahl natürlich möglichst nicht — wenns problematisch wird, kann man umwandeln, Prüfungsanträge vorschlagen, Zeit gewinnen, den Antrag später selbst stellen. (Man kann sich dabei die Diskussion in der SPD-Fraktion ganz gut vorstellen — wenn man über einen Antrag der Anderen spricht —, dann wird man über die Notwendigkeit, die Realisierbarkeit reden, vor allem aber wird die Frage entscheidend diskutiert, ist es politisch richtig, wenn wir einem solchen Antrag zustimmen. So gesehen, sind wir ja gar nicht erschrocken, daß man alle unsere Anträge abgebügelt hat. —

Notwendige und selbstverständliche soziale Einrichtungen

Aber, und das ist das Wichtigste — sie bleiben auf der Tagesordnung — es sind bei uns die Merkposten. Daran bleiben wir. Eine Krippe für eine 30.000-Einwohner-Stadt; einen zweiten Hort; ein ordentliches Jugendzentrum für die Jugend in Walldorf, das sind notwendige soziale Einrichtungen. Deshalb muß man unbeschadet der momentanen Finanzsituation auch immer wieder darauf zurückkommen. Man kann dazu humoristisch sagen: „Wir sind nicht arm, weil wir kein Geld haben — Wir sind arm, weil wir soviel wollen!“ Wenn wir diesen „Jourdan-Spruch“ untersuchen, stellen wir fest, er ist falsch, er lenkt ab, er taugt noch nicht mal zum Schmunzeln. Denn es wachsen neue Anforderungen an die kommunale Dienstleistung, es entstehen neue Bedürfnisse.

Hartnäckigkeit zahlt sich aus

Wir haben die Erfahrung machen können, daß sich Hartnäckigkeit, vor allem aber das außerparlamentarische Dranbleiben an einer Sache, auszahlt. Wenn man z.B. in unserer Stadt über die Erhaltung historischer Gebäude heute anders denkt wie in früheren Jahren, dann hat unsere Partei daran großen Anteil.

Natürlich sehen wir auch die Gefahr, daß in der kapitalistischen Gesell-

Fortsetzung Seite 2

Gegen
Olympia-
Boycott



Einstimmig hat das Internationale Olympische Komitee den Beschluß bekräftigt, daß die Sommerspiele 1980 wie geplant in Moskau stattfinden werden. Unter den 73 anwesenden IOC-Mitgliedern, darunter auch zwei Vertreter aus den USA, erhob sich nicht eine Gegenstimme. Die einmütige Haltung des IOC wird von der internationalen Öffentlichkeit als politische und moralische Niederlage des Boykott-Initiators, US-Präsident Carter, bewertet. Von Carters Niederlage gegenüber der konsequenten Haltung des IOC ist auch Bundesaußenminister Genscher betroffen, der vor Beginn der Vollversammlung erklärt hatte, im Falle eines Olympiaboykotts könne den USA die Solidarität der Bundesrepublik nicht verweigert werden. Mit ihrer Vasallentreue stellt sich die Bundesregierung hinter den amoklaufenden US-Wahlkämpfer Carter. Die Leidtragenden sind die deutschen Sportler.

Daß sich die Strauß- und Dregger-Anhänger in unserer Stadt, die „Junge Union“ hinter die Boykott-Forderungen stellt, weist auf ihre politische Beschränktheit hin. Leider haben sich aber auch die hiesigen Jungsozialisten, im Gegensatz zu Frankfurter Jusos, nicht entschlossen gegen die Carter-Pläne gewandt. Sie wollen die Olympischen Spiele „ent-

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

schaftsordnung, ein „historisches“ Haus auch „Spekulationsobjekt“ werden kann.

Hier werden wir gemeinsam über Richtlinien nachdenken müssen. Da auf diesem Gebiet künftig wesentlich mehr Geld zur Verfügung gestellt werden muß, sollten wir uns um Zuschüsse bemühen.

Die Erhaltung wichtiger Zeugnisse der Vergangenheit ist eine kulturelle Aufgabe von heute, die wir nicht auf morgen verschieben können.

Die Schulden wachsen

Die Schlüsselzuweisungen sinken ständig. Die Steueränderungsgesetze bringen einen hohen Finanzausfall. Die Schulden wachsen. Wenn sich die Pro-Kopf-Verschuldung von 755 DM im Vergleich zu anderen Städten zwar noch in Grenzen hält, so wird sich das ja schon in diesem Jahr bei den vorgesehenen Kreditaufnahmen schnell ändern. Schon jetzt bezahlen wir schon jährlich 1,13 Millionen Mark an Zinsen. („... die Kosten von zwei neuen Kindergärten...“ stand dazu mal in der Zeitung.)

Da gibt's zwar den Artikel 28 im

Grundgesetz: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft ... in eigener Verantwortung zu regeln.“ Aber, Realität ist, daß die Abhängigkeit von Bund und Land ständig wächst.

Bleibt für uns alle doch die Frage, ob wir diese allgemeinen Rahmenbedingungen als gegeben akzeptieren oder aber, ob wir ständig dagegen ankämpfen.

Wir meinen, daß in diesem Stadtparlament, wo sich Unmut in Protestresolutionen artikuliert, der richtige Weg besprochen wurde. Auf diesem Gebiet können und dürfen wir nicht nachlassen in unserem Kampf nach einem höheren Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen.

Die Forderungen der DKP

Unsere Forderungen bleiben auch hier auf dem Tisch:

Wir sind für eine höhere Besteuerung der großen Einkommen, der Millionenvermögen und Dividendenbezüge; wir sind für den Abbau aller Steuerprivilegien; wir sind für die Gewerkschaftsforderung nach gläsernen Taschen für Unternehmer;

und wir bleiben auch bei der alten Forderung der Arbeiterbewegung nach Senkung der Rüstung. Zu Entspannung und Abrüstung gibt es keine Alternative.

Nur wenn „oben“ die Weichen anders gestellt werden, kann man den Kommunen mehr Geld für das Wohl der Bürger zur Verfügung stellen.

Gesalzene Preise und keine Preisprüfer

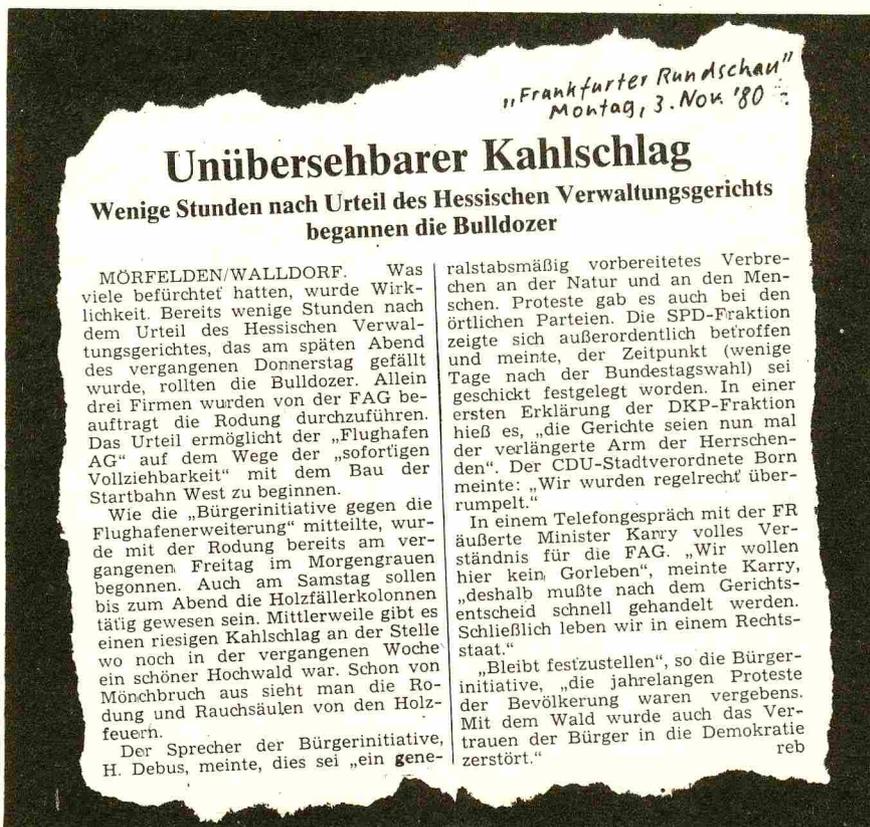
In der Resolution, die wir im vergangenen Jahr gemeinsam verabschiedet haben, steht der Satz: „Unsere Stadt hat in den nächsten Jahren große unaufschiebbare Projekte der Daseinsfürsorge abzuwickeln.“

Genau hier, vor allem bei den Verkehrs- und Entsorgungsaufgaben, sehen wir die größten Probleme. Die ungeheuren Ausgaben für den Kanalverbund lähmen unsere Aktivität. Und wir haben keine Chance, auch nur im Ansatz die Preispolitik der kapitalistischen Bauindustrie zu durchschauen. Jeder weiß es, es gibt Preisabsprachen, es gibt ein gegenseitiges Zuschieben von Aufträgen, es gibt vor allem, wenn die öffentliche Hand Auftraggeber ist, überhöhte Preise und es gibt — lassen Sie mich auch das sagen — beim Regierungspräsident in Darmstadt nur zwei total überlastete Preisprüfer.

Zu wenig preiswerte Wohnungen

Ein weiteres Problem, das künftig an Bedeutung gewinnen wird, ist die Wohnungsfrage. Auf unsere Anfrage hin, auf unsere Hausbesuche in Mörfelden und Walldorf, wurde hier ja einiges deutlich. Wir haben 317 Wohnungssuchende. Dabei sind 45 Wohnungsnotstandsfälle. Über einem Zeitungsartikel, zu dem von uns herausgegriffenen Walldorfer Fall, konnte man die resignierende Überschrift lesen: „Die Stadt ist machtlos“. Ja, sind wir denn tatsächlich „machtlos?“ — „hilflos?“ Oder ist es nicht so, daß hier auch ein wenig die Fehler der Vergangenheit zu sehen sind?

Wir haben keinen Grund und Boden, kaum städtische Wohnungen. Der Magistrat denkt sogar daran, den städtischen Restwohnbesitz loszuwerden. Wir können nicht preisregulierend eingreifen und sind auf Gedeih und Verderb den Bodenspekulanten, den Bauhyanen, den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft ausgeliefert. Gleichzeitig finden wir zur Zeit wieder einmal EIWOBAU-Anzeigen in überregionalen Zeitungen mit der Überschrift: „Im nächsten Frühjahr wohnen Sie so: Frankfurt-nahe, Großstadt-fern. In Mörfelden. Enthusia-



Dieser Zeitungsartikel ist nicht erschienen — noch nicht!
Aber alle, die gegen die naturzerstörende Startbahn/West kämpfen, wissen,
so könnte es tatsächlich ausgehen.
Wir alle, die wir hier leben und morgen noch hier leben wollen, können es verhindern!

stisch wird dann beschworen: Mörderfeld hat Lebensqualität."

Das ist auch ein Musterbeispiel typisch kapitalistischer Mißwirtschaft, da bettelt man in fernen Regionen um zahlungskräftige Käufer der Ware Wohnung, aber die jungen Menschen bei uns, die einen Hausstand gründen wollen, die nicht so viel Geld haben — suchen vergebens preisgünstige Wohnungen.

Die 317 wohnungssuchende Bürger unserer Stadt und nicht nur sie, werden es nicht verstehen, wenn man immer mehr Menschen anlockt in unser Ballungsgebiet zu ziehen, während sie keine bezahlbare Wohnung erhalten können.

Schon wieder Gebührenerhöhungen angekündigt

Ein CDU-Kreistagsabgeordneter forderte in der „Neuen Presse“ außerordentlich bestimmte Gebührenerhöhung. Ich zitiere: „Man wird gespannt sein dürfen, wann die Verwaltung hier aktiv wird und ob sie den Mut hat, noch vor den Kommunalwahlen Erhöhungen zu beantragen.“

In der SPD-Pressemitteilung über die Klausurtagung in Weschnitz, fanden wir den markigen Satz: „Im übrigen wird es gegebenenfalls darauf ankommen, den Gürtel enger zu schnallen.“ Auch in den Überschriften einiger Zeitungsartikel wird der nächste Coup auf die Taschen der Bürger schon erkennbar. Wir lasen in den letzten Wochen: „Müllgebühren werden steigen“ — „Nachdenken über den Wasserpreis“. Gut, wir haben nachgedacht! Wir sagen — Nein! Wir verlangen, daß die kommunalen Dienstleistungsbetriebe als öffentliche, den Gemeindebürgern dienende Einrichtungen geführt werden. Dementsprechend sind die Tarife niedrig anzusetzen. Wir gehen von dem Grundsatz aus: Kommunale Betriebe und Dienstleistungseinrichtungen müssen bezuschußt, müssen subventioniert werden. Dafür bezahlen die Bürger schließlich auch Steuern. Das sind Subventionen auch an der richtigen Stelle, nicht wie solche, die großkapitalistische Unternehmen von Land und Bund in den Rachen geworfen werden und für die sie dann zum Dank Arbeitsplätze wegrationalisieren.

Ablehnung: legitimer Protest

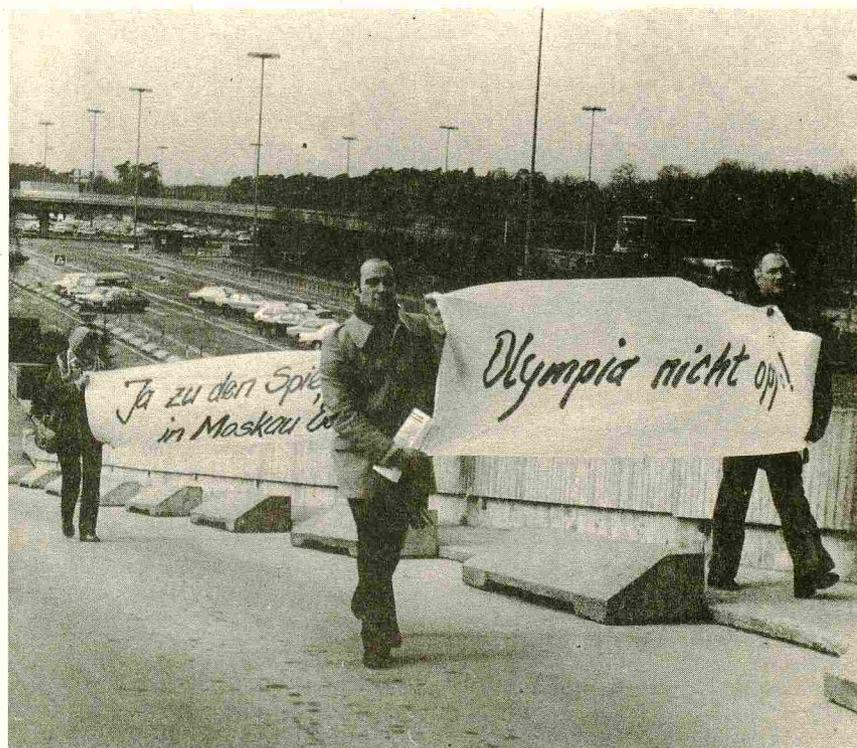
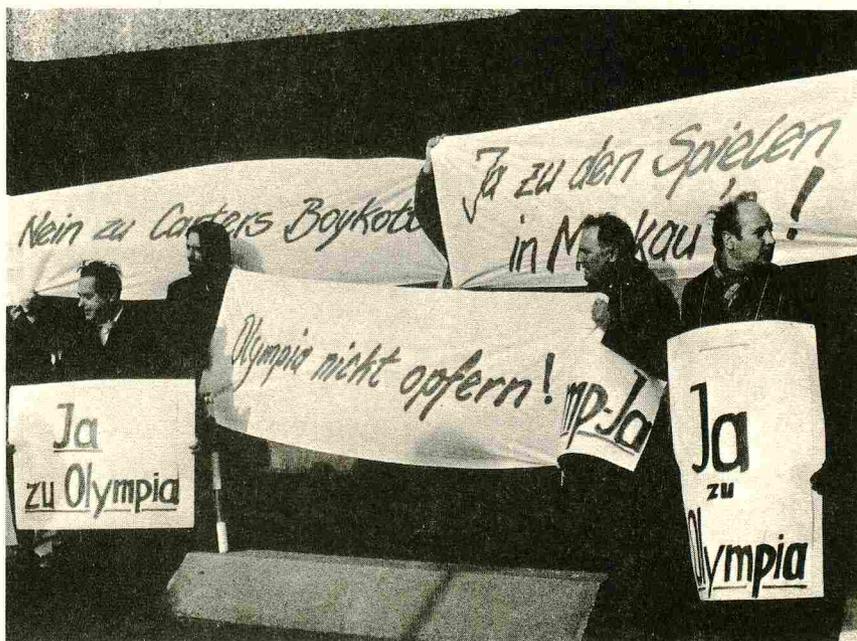
Wir lehnen diesen Haushalt ab, weil wir nur so unser prinzipielles Nichtverständnis zu einem System zum Ausdruck bringen können, das nicht genügend Gelder zur Verfügung stellt, für die Alten, die Kinder, die Jugend, die Kranken — die arbeitenden Menschen.

Fortsetzung von Seite 1

politisieren“. Die Frage Boykott oder nicht soll allein von den Sportlern entschieden werden, meinen die Jusos.

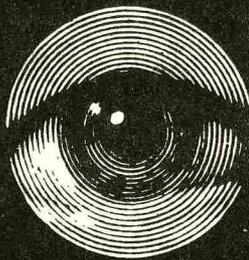
Unpolitischen Sport aber gab es noch nie. So liegt der olympischen Idee der Wunsch nach Völkerverständigung zugrunde. Bei Olympiaden treffen sich Tausende Menschen aus aller Welt,

lernen sich kennen, schließen Freundschaft und erleben hervorragenden Sport. Carter will den Sport, will Olympia für die Durchsetzung seiner Politik mißbrauchen. Dagegen wehren sich nicht nur die NOK's, deren Präsidenten sich nicht zu Laufburschen von Carter machen lassen wollen. Die meisten Menschen in aller Welt wollen die Olympischen Spiele. Und sie werden auch 1980 stattfinden — in Moskau.



„Nein zu Carter-Boykott“, „Olympia nicht opfern“, „Ja zu den Spielen in Moskau“, stand auf den Transparenten, die bei einer DKP-Aktion vor dem Sheraton-Hotel am Flughafen mitgeführt wurden. Hier tagten die europäischen olympischen Komitees.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Abgelehnt

Die DKP-Fraktion hatte beim Magistrat unserer Stadt angeregt, daß man im Schwimmbad verbilligte Abendkarten für die arbeitende Bevölkerung einführen soll. Ebenso sollte eine weitere Warmduschanlage installiert werden. In einem Schreiben des Sport- und Kulturamtes heißt es nun, für die Erweiterung der Warmduschanlage seien Mittel bereitgestellt. Aber die verbilligte Abendkarte soll es nicht geben. Man könnte ja eine Zehnerkarte erwerben. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß eine verbilligte Abendkarte, die ab 18.00 Uhr gelten könnte, ein Anreiz wäre, nach der Arbeit schnell noch mal ins Wasser zu springen. Im übrigen: Wäre diese Idee bei der SPD geboren worden, man hätte sie realisiert und groß verkauft. Wetten?

Aufgestellt

Schnell reagiert hat die Stadt. Nach einem Hinweis der DKP-Fraktion wurden umgefallene Schilder am Mörfelder Trimpfad erneuert.

Ein Beispiel aus Bayern

Die den Kommunen aufgezwungene Gemeindereform ist am Widerstand der Bürger teilweise gescheitert. In ganz Bayern erhalten in diesem Jahr 198 Gemeinden ihre Selbständigkeit zurück, allein 45 davon in Mittelfranken. In Volksfesten feiern die Bürger ihren Sieg. In Kalchreuth bei Nürnberg wurden die Gemeindeakten mit der Pferdekutsche vom benachbarten Heroldsberg wieder abgeholt. In Möhrendorf gab es bei einem Standkonzert Freibier, Glühwein und Bratwürste, Rötchenbach ließ sich den Erfolg einen Ochsen am Spieß kosten. Übrigens: So ein Fest wäre auch bei uns nicht zu verachten.

Seniorenpaß

In einem Antrag will die DKP-Fraktion vom Magistrat wissen, ob sich die Einführung eines „Seniorenpasses“ realisieren läßt.

In der Antragsbegründung heißt es: Mit einem „Seniorenpaß“ sollte der freie Eintritt in alle städtischen Kulturveranstaltungen, der freie Eintritt ins Schwimmbad, die freie Benutzung des Badesees, evtl. freie Kursbelegung bei der vhs, die Freifahrt im innerstädtischen Busverkehr verbunden sein. Er könnte für alle Bürger unserer Stadt ab Eintritt ins Rentenalter ausgegeben werden.

Wir betrachten die finanzielle Hilfe für Rentner in diesem Fall nicht als vorrangig, zumal einige Rentner über relativ gesicherte Einkommen verfügen. Vorrangig ist uns dabei der soziale Aspekt der Anerkennung unserer älteren Mitbürger, ihr Einbeziehen ins tägliche Leben auf vielen Gebieten.

Umweltkalender

Ein teurer Spaß

Pro Stück kostet er über 1,- DM, der vielgelobte Umweltkalender unserer Stadt. Auf 38 von 76 Seiten gibt es, zugegeben, vernünftige Tips und Informationen. Der Rest ist Kalendarium, Bürgermeister-Vorwort und Karikaturen, über deren Sinn man zumindest streiten könnte. Daß man im ganzen Kalender nicht einen Satz über die Hauptzerstörer unserer Umwelt, die Täter in den Vorstandsetagen der Großkonzerne, verliert, ist ein echter Mangel. Ohne einen solchen Hinweis lenkt man von den Hauptverursachern ab. Ansonsten ist das bunte Kalenderbüchlein recht aufwendig geworden. Aber trotzdem, gedruckt auf bestem Papier, wird er in ein paar Monaten den Weg aller Kalender gehen — man schmeißt ihn weg. Genau hier scheint ein kritischer Hinweis angebracht. Will man jetzt jedes Jahr rund 16.000 DM für einen „Kalender“ ausgeben? Denkbar wäre es doch immerhin, daß man Umweltschutzvorschläge auch anders unter die Leute bringen könnte. Aber wahrscheinlich gibt es noch ein paar andere Gründe für die „Kalenderverteilaktion“. In einem Jahr ist nämlich Kommunalwahl. Bis dahin wird man das progressiv-dynamische Bürgermeister-Konterfei noch oft in von Steuergeldern bezahlten Broschüren finden. Ein teurer Spaß!

Die Post muß bleiben

In der letzten Bauausschußsitzung stand es auf der Tagesordnung. Die Oberpostdirektion Frankfurt will ein zentrales Postamt in Mörfelden errichten.

Vorteile — nur für die Post.

Nachteile — für die Mörfelder Bevölkerung, mehr Verkehrsbelastung in unseren Straßen.

Noch größere Nachteile für die Walldorfer Bürger. Sie sollen künftig, wenn sie der Postbote nicht antrifft, ihre Briefe und Pakete nach einer Benachrichtigung in Mörfelden abholen. Der Bauausschuß lehnte ein solches Ansinnen ab. Nur die CDU meinte, dies wäre halt „der Zug der Zeit“.

Okrifteler Straße

Kein Geld für Tunnellösung?

Das Problem ist bekannt. Weil der Flughafen die Startbahnen verlängerte, muß die Okrifteler Straße verlegt werden. Für die neue Trasse bieten sich mehrere Möglichkeiten an. Man kann das Parallelbahnsystem weitläufig umfahren, das erfordert weiteren Waldverlust. Man kann die Mönchbruch-Allee benutzen, dies lehnt die Obrigkeit und die FAG ab. Man könnte aber auch die Straße in einem Tunnel unter den Bahnen durchführen. Diese Lösung wurde seither von vielen Kreis- und Kommunalpolitikern favorisiert, obwohl sie einen höheren Finanzaufwand erfordern würde. Aber im Kreistag kapituliert man schnell vor dem Druck aus Wiesbaden und Bonn. Man gab grünes Licht für eine „Umfahrung“.

Die Tunnellösung sei aus Kostengründen unrealistisch und käme nicht in Frage heißt es jetzt.

Es ist also wieder einmal „kein Geld“ da.

Bleibt anzumerken: Der „Sozialdemokrat“ und Bundesverteidigungsminister Apel verlangt gerade 50 Mrd. DM für die „Runderneuerung“ der Bundeswehr. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung finanziert gerade neue Waffenlieferungen in die reaktionäre Türkei und hilft, „einen neuen Schah“ in Pakistan finanziell aufzubauen. Dieselbe sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat dann halt kein Geld für Maßnahmen, die dem Bürger dienen.

Nicht zuletzt deshalb steckt z.B. der Kreis Groß-Gerau in den roten Zahlen. Erstmals gibt es nämlich ein Loch im Haushaltsplan von 3 Millionen DM.

Tendenzberichte kritisiert

In einem „Offenen Brief“ an die „Frankfurter Neue Presse“, den „Freitags-Anzeiger“ und die „Heimatzeitung“ protestierten zahlreiche Bürger gegen die tendenziöse Berichterstattung des Journalisten und CDU-Kreistagsabgeordneten Karl-Heinz Kubb aus Walldorf.

Bei den Unterzeichnern sind Mandatsträger der SPD und DKP, die DGB-Ortskartellvorsitzenden, Vertreter der Bürgerinitiative gegen die Startbahn/West und viele parteilose Bürger unserer Stadt. Der „Offene Brief“ hat folgenden Wortlaut:

„Wir beobachten seit Jahren die journalistische Tätigkeit Ihres Mitarbeiters Karl-Heinz Kubb. Seine Artikel, seine Berichterstattung haben unserer Meinung nach mit Journalismus nichts mehr zu tun.

Wenn es um Kommentare geht, die er selbst unterschreibt, mag dies was anderes sein, aber sonst fallen alle seine Pro-CDU-Artikel auf Ihre Zeitung zurück und geben ihr mit der Zeit das Ansehen einer CDU-Presse. Das können Sie schließlich kaum wollen. Es gibt mittlerweile ungezählte Beispiele dafür, wie Herr Kubb Aktivitäten der CDU und der Jungen Union maßlos überbewertet, die Arbeit anderer, ihm nicht passender politischer Gruppierungen hämisch beschreibt, ent-

stellt oder einfach unter den Tisch fallen läßt.

Auch aus der jüngsten Zeit kennen wir Fälle, wo Herr Kubb in seiner „Berichterstattung“ dazu noch außerordentlich fahrlässig mit der Wahrheit umgeht. Wir glauben, daß dies verändert werden muß.

Besonders in Zeiten vor Wahlen wird dies sonst viel böses Blut schaffen. Die Tendenzberichterstattung eines aktiven CDU-Mitgliedes ist vor allem in einer kleinen überschaubaren Stadt, wie Mörfelden-Walldorf, wo alle politischen Akteure auch persönlich bekannt sind, unmöglich. Sie vergiftet die Atmosphäre, bringt viel persönlichen Ärger und Feindschaft.

Wir möchten Sie herzlich bitten, mit Herrn Kubb zu sprechen, mit dem Ziel, daß er künftig die politischen Verhältnisse in unserer Stadt nicht nur durch die CDU-Brille beschreibt.“

Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen.

Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert.

Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion

Die DKP
ist die Partei der
arbeitenden Menschen.
Sie nützt Dir.
Werde Mitglied



Informationen aus erster Hand bot die DKP-Mörfelden im Bürgerhaus. In einer Veranstaltung über die Vorgänge in Afghanistan sprachen zur Diskussion Mohsenzada Assad, ein Student aus Kabul (stehend), Sepp Mayer, Bezirksvorsitzender der DKP-Hessen und Rudi Hechler, Fraktionssprecher der DKP-Mörfelden-Walldorf.

Der afghanische Gast berichtete von den mittelalterlichen Zuständen, die bis zur Aprilrevolution 1978 vorherrschten. Feudalherren und Wucherer regierten, unterstützt von den reaktionären Kräften der islamischen Geistlichkeit. Von den 17 Millionen Einwohnern seien heute noch ca. 90 % Analphabeten, die durchschnittliche Lebenserwartung lag 1974 bei 37 Jahren, das Pro-Kopf-Einkommen nur 110 Dollar im Jahr.

Seit 1978 seien große Fortschritte erzielt worden, aber die alten reaktionären Kräfte, unterstützt von den USA und Pakistan, hätten sich nicht mit der Revolution abgefunden.

Doch die revolutionären Errungenschaften würden entschlossen verteidigt, meinte Assad.

„Ich habe gerade gelesen...“

Ilona Feutner, 24 Jahre, Schlesierstr. 16, 6082 Mörfelden-Walldorf, schreibt uns:

„Geschichte war schon in der Schule eines meiner Lieblingsfächer. Nach wie vor ziehe ich bei meiner Bücher-Auswahl auch Lektüre aus diesem Bereich vor.

In diesem Zusammenhang will ich den „blickpunkt“-Lesern ein Buch empfehlen, das die Zeit 1933 bis 1945 darstellt.

Titel des Buches: „Feinde des Lebens. NS-Verbrechen an Kindern“ von Hans Mausbach und Barbara Mausbach-Bromberger.

Es ist kein angenehmes Buch. Vielmehr handelt es sich um eine Zusammenfassung von erhalten gebliebenen Dokumenten, Interviews von Überlebenden und Aussagen von Verantwortlichen des faschistischen Gewaltregimes.

Doch gerade die Berichterstattung mit Fakten hat mich sehr erschüttert. Deutlich wird gezeigt, wie die deutschen Kinder unter der Nazi-Herrschaft in der Schule an die Ideologie des Rassenhasses, des übersteigerten Nationalismus herangeführt und zu Duckmäusertum erzogen wurden.

Die Jugendorganisationen, die schon kurz nach der Machtübernahme Hitlers unter der Obhut des NS-Regimes wirkten, setzten diese Einflußnahme weiter fort.

Selbst auf die Eltern versuchte man Einfluß bei der Erziehung zu nehmen. Die Kinder wurden durch Schule und Jugendorganisation förmlich gegen eine humanistische elterliche Erziehung gerichtet. Das belegt ein Zitat, das dem Dokument 2455 aus den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen entnommen wurde: „Wenn unsere Gegner sagen — ich komme nicht in Euer Lager, ich lasse mich nicht miteinbeziehen — antworte ich in aller Ruhe: Dein Kind ist schon auf unserer Zeit. Die Nation lebt ewig — und was bist Du? Du wirst verschwinden und Deine Nachkommen werden längst dem neuen Lager beigetreten sein. Bald werden sie nichts anderes kennen als diese neue Gemeinschaft.“

Weiterhin befaßt sich das Buch mit den Mißhandlungen und Massenmorden an Kindern in Konzentrationslagern. Hauptsächlich jüdische, „fremdvölkische“, aber auch Kinder von Gegnern des Regimes mußten diesen Weg gehen.

Wenn man diese Publikation genau studiert und sich heute in Tageszeitungen unseres Landes umsieht, in denen tagtäglich über Aktivitäten, Propaganda und Ansteigen von neofaschistischen Gruppen zu lesen ist, dann spürt man, wie die Wut aufsteigt, und daß man ein solches menschenverachtendes System nie mehr aufkommen lassen darf. Allen humanen und kinderliebenden Vätern und Müttern erwächst vielmehr die Verpflichtung, sich zu wehren und einer solchen Entwicklung entgegenzustehen.

Wir müssen darauf dringen, daß unsere Schulbücher auch mal diese Aspekte mit aufnehmen, damit unsere Kinder im Sinne

des Antifaschismus erzogen werden und Ausschweifungen zu militaristischen Organisationen erst gar nicht zustande kommen. In diesem Sinne empfehle ich die Lektüre für einen jeden meiner Generation, die in der Schule nicht allzuviel über das III. Reich erfahren haben; für Menschen, die diese Zeit mit ihren grausamen Geschehnissen nicht bewußt miterlebt haben; für alle, die sich um unsere Gegenwart und Zukunft Gedanken machen.

Zu beziehen über:

Anton Träger, Hochstr. 6,
Telefon 2 32 55

Jewgeni Jewtuschenko

Meinst Du, die Russen wollen Krieg?

Meinst Du, die Russen wollen Krieg?
Frag, wann die Stille tödlich stieg,
den russischen Soldaten frag.
Er liegt dort, wo er sterbend lag.
Hol ihn ans Licht und sieh ihn an,
und weil er selbst nicht sprechen kann,
frag seinen Sohn von Mann zu Mann:
Meinst Du, die Russen wollen Krieg?

Nicht nur fürs eig'ne Vaterland
starb der Soldat im Weltenbrand.
Nein, daß auf Erden jedermann
sein Leben endlich leben kann.
Hol Dir auch bei dem Kämpfer Rat,
der siegend an die Elbe trat.
Frag, was in seinem Herzen blieb.
Meinst Du, die Russen wollen Krieg?

Der Kampf hat uns nicht schwach geseh'n,
doch nie mehr möge es gescheh'n,
daß Menschenblut so rot und heiß
die Erde tränkt als bitterer Preis.
Ich seh das Haar der Mütter grau
und frag auch des Soldaten Frau.
Dann weißt Du, wo die Antwort liegt:
Meinst Du, die Russen wollen Krieg?

Frieden · Abrüstung · Gleichberechtigung

70 Jahre Internationaler Frauentag

Der Frauenarbeitskreis der DKP-Mörfelden lädt alle Bürger unserer Stadt, vor allem aber alle Frauen und Mädchen, zu einer Veranstaltung zum „Internationalen Frauentag“ herzlich ein.

Es singt die bekannte Liedermacherin Renate Fresow

9. März 1980, 20.00 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden

„In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix“

Immer wieder Stundenausfall

Gesamtschulen sind gut für unsere Kinder – immer mehr setzt sich diese Erkenntnis durch. Aber immer wieder muß auch auf Probleme hingewiesen werden, die die Arbeit der Lehrer erschweren, das Lernen der Kinder behindern.

Ganz oben steht hierbei der Lehrermangel. So hat man der Integrierten Gesamtschule Groß-Gerau ein Fünftel der zustehenden Stellen gestrichen. In der Gesamtschule Mörfelden-Walldorf gibt es immer wieder Stundenausfall, vor allem in Musik und Chemie. Über Wochen standen hier für vierzehn Englisch-Kurse nur 9 Lehrer zur Verfügung. Lehrerausfall durch Krankheit und Schwangerschaft brachte vor allem am Ende des vergangenen Jahres Schwierigkeiten. Insgesamt unterrichten an der

hiesigen Gesamtschule 116 Lehrer fast 2000 Schüler.

Wegen der großen Schülerzahl, die viele Probleme mit sich bringt, wird zur Zeit über eine organisatorische und räumliche Teilung der Gesamtschule Mörfelden-Walldorf nachgedacht. Nachdenken muß man vor allem aber über ein anderes Problem. Es gibt nach wie vor viele Stundenausfälle (in Hessen ca. 20 %), aber 20.000 arbeitslose Lehrer. Allein ca. 35.000 Lehrer müssen kurzarbeiten. Für die Lehrer unserer Kinder soll kein Geld da sein, während für neue Panzer und Ami-Raketen jetzt wieder Milliarden verpulvert werden.

Wir meinen: Alle Lehrer werden gebraucht, damit Arbeiterkinder umfassend gefördert werden können durch Ganz-

tagsschulen, kleine Klassen und Förderunterricht.

Es müßten mehr Gesamtschulen eingerichtet und ein allgemeinbildendes zehntes Schuljahr durchgesetzt werden. Das sind Forderungen, die sich nicht allein verwirklichen. Hier müssen Lehrer, Schüler, Eltern und fortschrittliche Politiker gemeinsam wirken.

K. M.

JEDER
der die Gesellschaft
verändern,
den Sozialismus will,
gehört in die
DKP

Geschwister-Scholl-Schule – ein guter Name

Am 22.12.1970 wurde auf Antrag der beiden Kommunisten im Mörfelder Stadtparlament Heinz Hechler und Artur Siegel, einstimmig beschlossen, der neuen Gesamtschule zwischen Mörfelden und Walldorf den Namen „Geschwister Scholl-Schule“ zu geben.

Mit dieser Namensgebung sollte symbolhaft der vielen tausend mutigen Widerstandskämpfer gegen den Faschismus gedacht werden. Auch die Stadtverordnetenversammlung von Walldorf schloß sich diesem Antrag an, der an den Kreisausschuß Groß-Gerau, als dem zuständigen Schulträger, weitergeleitet wurde.

Fast zehn Jahre liegt nun diese Willenserklärung der Stadtverordneten von Mörfelden und Walldorf in der Schreibstischschublade von Landrat Blodt. Erst jetzt ist man darauf zurückgekommen und stellt den Vorschlag nochmals zur Diskussion.

Wir meinen, es sollte bei der damaligen Entscheidung bleiben. Antifaschistische Widerstandskämpfer sind geeignete Vorbilder für unsere Jugend. Sie setzten ihre Gesundheit, ja sogar ihr Leben aufs Spiel, als es darum ging, die Wahnsinnstaten des faschistischen Systems zu bekämpfen und für die Beendigung des Krieges einzutreten.

Auch viele Mörfelder Antifaschisten wurden nach 1933 wegen ihres mutigen Auftretens, für zusammen mehr als 50 Jahre, in Zuchthäuser und Konzentrationslager geworfen. Wenn ihr Kampf nicht vergebens gewesen sein soll, muß die heutige junge Generation daran erinnert und darüber aufgeklärt werden. Nicht Kasernen nach Hitler-Generälen, sondern Schulen nach Widerstandskämpfern benennen! Dazu sollten wir aufrufen, in einer Zeit, in der die „Rudels“ und „Hofmanns“ ungeschoren in der Bundesrepublik ihr Unwesen treiben können.

HH



Helden des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg

In den Nachmittagsstunden des 22. Februar 1943 standen drei junge Studenten der Münchener Universität vor ihren Henkern. Hans Scholl, seine Schwester Sophie und Christoph Probst waren wenige Stunden vorher in einem Schnellverfahren zum Tode verurteilt worden.

Tiefe Sorge um ihr Volk und die Zukunft der Jugend ließen in diesen jungen Menschen Erkenntnisse reifen, die sie von der bloßen Verurteilung der Nazi-Politik zur organisierten antifaschistischen Tat führten. „Nach vielen qualvollen Überlegungen“, so erklärte Hans Scholl seinen Untersuchungsrichtern, „gelangte ich zu der Ansicht, daß es nur noch ein Mittel gebe, nämlich die Verkürzung des Krieges.“

Von Hans Scholl und seiner Gruppe wurden zur Aufklärung der deutschen Bevölkerung Flugblätter hergestellt und in ganz Süddeutschland verteilt.

Die Hauptverhandlung am 21. Februar 1943 dauerte nur 2 Stunden. Auf Zeugenaussagen wurde verzichtet. Obwohl sich Hans Scholl und seine Freunde klar darüber waren, daß ihr Urteil bereits gesprochen war, traten sie sowohl in der Untersuchung als auch im Prozeß mutig und entschlossen auf. So erklärte Sofie Scholl im Angesicht des Henkers: „Wenn die Frage an mich gerichtet wird, ob ich auch jetzt noch der Meinung sei, richtig gehandelt zu haben, so muß ich hierauf mit ja antworten.“

Welche Suppe auch gekocht wird . . .

10 Regeln für den Umgang mit der DDR

Gebrauchsanweisung für bürgerliche Politiker, Journalisten und sonstige Verteidiger des Kapitalismus in der Bundesrepublik

1. Welche Suppe in der DDR auch gekocht wird – finde ein Haar darin!

2. Was die SED auch tut – sie tut es zu früh, zu spät, zu direkt, zu indirekt, zu massiv, zu zögernd – auf jeden Fall ist es falsch!

3. Das Verhältnis der Kommunisten zur Entspannung, Sicherheit und Abrüstung.

Variante A: Kommunisten sind gegen Entspannung, Sicherheit und Abrüstung.

Variante B: Kommunisten wollen Entspannung, Sicher-

heit und Abrüstung, um den Westen wehrlos zu machen.

Variante C: Kommunisten werden mit den Folgen von Sicherheit, Entspannung und Abrüstung nicht fertig.

4. Wenn die DDR nichts gegen Einmischungsversuche unternimmt, ist das ein Zeichen von Schwäche. Wenn die DDR Maßnahmen dagegen ergreift, ist das auch ein Zeichen von Schwäche.

5. Wenn in der DDR für Gesundheitswesen, Bildung, Jugend und Sport viel getan wird, dann nur deshalb, um die Menschen bei der Stange zu halten. Wenn noch nicht alles auf einmal getan werden kann, dann deshalb, weil die Menschen dem Staat egal sind.

6. Wer in der DDR drei Sätze hintereinander halbwegs klar formulieren kann und dabei noch zu den Feinden des Sozialismus zählt, ist ein Schriftsteller. Wer sogar Bücher schreibt und gegen den Sozialismus ist, gehört zu den Größen der Weltliteratur.

7. Wenn die DDR-Volkswirtschaft im Winter Schäden erleidet, so liegt das nicht am Wetter, sondern am System.

8. Behandlung von Kommunisten.

Variante A: Es gibt keine guten Kommunisten.

Variante B: Ein guter Kommunist ist der, der gegen den real existierenden Sozialismus ist.

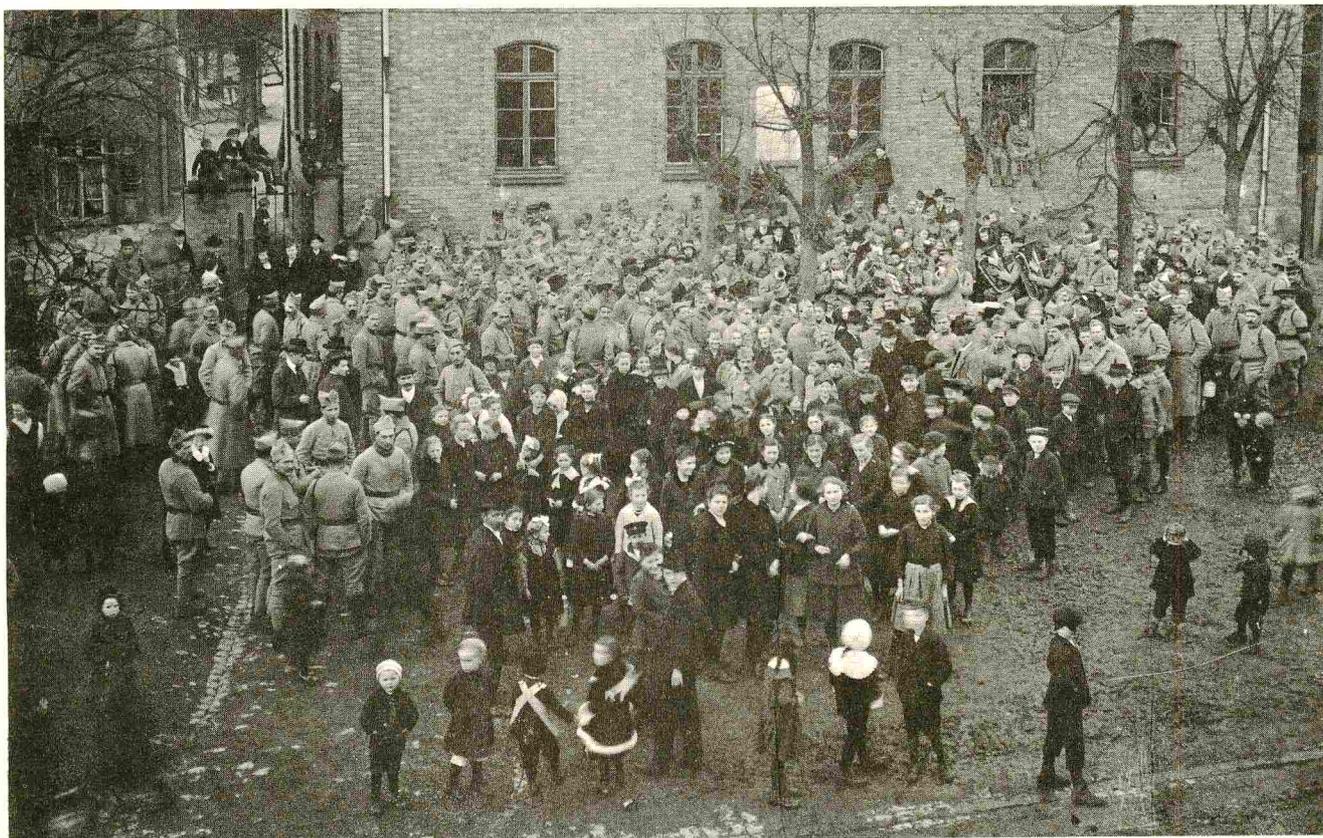
9. Zu den Errungenschaften der DDR.

Variante A: Es gibt keine solchen Errungenschaften.

Variante B: Die Errungenschaften gibt es trotz des Systems.

Variante C: Diese Errungenschaften wären größer, wenn in der DDR mehr Leistung gefordert wäre (oder auch: wenn nicht so viel Leistung verlangt werden würde).

10. Das DDR-Bild von bundesrepublikanischen Politikern und Massenmedien ist unparteiisch, überparteilich, unabhängig und objektiv. Warum sollte es zu allem Überfluß auch noch der Wahrheit entsprechen?



Mörfelden gestern

Februar 1919. Auf dem Platz vor der alten Mörfelder Schule (späteres Rathaus) stehen französische Besatzungssoldaten. Sie kamen am 10. Dezember 1918 in unsere Gemeinde. Für die Besatzungstruppen mußten damals 600 Betten, 700 Strohsäcke, 300 Kopfpolster, 500 Decken, dazu eine Menge losen Strohes und Feuerungsmaterial zur Verfügung gestellt werden. In den Gemeindeakten sind die Gesamtkosten der 12-jährigen Besatzungszeit für Mörfelden zusammengestellt. Sie belaufen sich auf 128.930,55 Mark. Gemessen am heutigen Haushaltsplan unserer Stadt nicht viel, aber in der damaligen Zeit eine Unsumme Geld.